

Deutscher Reichstag.

Rein äußerlich wie an Gehalt ist die erste eigentliche Geschäfts-sitzung des neu verammelten Reichstags so, wie sich gutgläubige Leute draußen im Lande so etwas vorstellen, wie es aber in der trüben Wirklichkeit leider nur ganz selten aussieht. Die Tribünen bis zur letzten Reihe hinauf gefüllt von einem bunten Publikum, das sich des Ernstes der Stunde, in der es an den Geldbeutel gehen soll wie kaum je vorher in der Zeiten Lauf, zum guten Teil offenbar wirklich ernsthaft bewußt ist. Mit verhaltenem Atem und die Hand am Ohr lauscht alles in den Saal hinab. Auch der ist diesmal gut besetzt, fast so gut, als stünde eine entscheidende Abstimmung in Aussicht, bei der die Partei erwartet, daß jedermann seine Pflicht tue. Was mehr ist: alles weiß, sonder Jern durch die Blüsten, an seinem Platz; keine Gruppen; kein noch so leises Murren der Privatgespräche als Unterton; und Wandelgang und Speiseräume sind verwaist. Kurz, auch das Haus folgt ohne Ausnahmen mit aller Spannung den Darlegungen des Redners. Der spricht, dicht umlagert von Wolken von Regierungskommissaren, die ihrerseits seinen Worten andachtsvoll lauschen, nicht von der Ministerbank, sondern vom Platz vor dem Präsidenten aus, den sonst die Redner aus dem Hause einnehmen. Es ist der Staatssekretär des Reichsschatzamts Dr. Helfferich, der dem neuen Reichshaushalt sein Beileidwort auf den Weg gibt und daneben das Bündel Kriegssteuern, das zu überbringen nun einmal seines Amtes ist, dem Wohlwollen und der Einsicht der Versammlung wie des deutschen Volks ans Herz legt. Einst, im Italien seiner Zeit im Kolonialamt, war Herr Helfferich ein gefürchteter Schnellredner, der Schrecken der Stenographen. Das hat sich gegeben; und den Saal beherrschte sein Organ ohne wahrnehmbare Anstrengung damals so wie heute bis in den entferntesten Winkel. Sein Vortrag ist gemessen und eindrucksvoll; was man an seiner Rede vom ersten Augenblick an als besonders sympathisch empfindet, daß sie, nach der Art des großen Kaufmanns, keinerlei Versuch macht, den Hörer durch Hinweggleiten über die Tragweite der Vorschläge, die er prüfen soll, ins Vertrauen zu locken.

A. 3.

34. Sitzung, Donnerstag, 16. März 1916.

Das Haus und die Tribünen sind gut besetzt.
Am Tische des Bundesrats: Dr. Helfferich, Bischoff, Kraetke, Wahnschaffe.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min.

Erste Lesung des Haushaltsplans für 1916 und der Kriegsteuervorlagen.

Es sind das die Gesetze über die Erhöhung der Tabak-abgaben, über die außerordentliche Reichsabgabe bei den Post- und Telegraphengebühren, ferner das Kriegsgewinnsteuergesetz, das Quittungstempelgesetz und das Frachtturkundenstempelgesetz.

Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich:

Meine Herren! Die neue Tagung, zu der Sie im 20. Monat des Krieges zusammengetreten sind, gilt vor allem der Beratung des Reichshaushalts. Zum zweitenmal habe ich einen Haushaltsentwurf vorzulegen, dem der Krieg das Gepräge gibt. Aber während vor einem Jahre größere sachliche Meinungsverschiedenheiten kaum hervortreten konnten, sind diesmal mit dem Haushaltsentwurf Fragen von großer sachlicher Bedeutung verbunden, über die die Meinungen allerdings auseinandergehen können. Die Verbündeten Regierungen sind sich darüber klar, sie sind aber auch überzeugt, daß Ihre Verhandlungen über diese Fragen von dem gleichen aus der großen Zeit geborenen Geist durchdrungen sein werden wie Ihre bisherigen Beratungen und von dem Bewußtsein der untrennbaren Zusammengehörigkeit des deutschen Volkes und von dem einheitlichen Willen, in diesem Krieg unsere Stellung siegreich zu behaupten und dem Deutschen Reich die Zukunft zu sichern.

Wie im Vorjahr, so müssen wir auch diesmal im allgemeinen darauf verzichten, eine auch nur einigermaßen zuverlässige Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Zweige der Reichswirtschaft vorzulegen. Entsprechend dem schon beim Etat für 1915 angewandten Verfahren haben wir deshalb bei den meisten Kapiteln und Titeln die Ansätze des letzten Friedensjahres unter Berücksichtigung von gewissen Zu- und Abgängen eingestellt, die sich aus der Wirkung der kriegswirtschaftlichen Tatsachen ergeben. Wenn wir damit auch auf eine genaue Veranschlagung verzichten, so genügen wir doch dem Erfordernis, die verfassungsmäßige und finanzwirtschaftliche Grundlage für die Fortführung der Reichsfinanzen während der Kriegszeit sicherzustellen. Wie im Vorjahr haben wir geglaubt, die äußerste Sparamkeit bei der Aufstellung des Etats wahren lassen zu sollen. Bei den fort-dauernden Ausgaben haben wir von der Schaffung irgendwelcher neuen Beamtenstellen abgesehen und uns bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats auf die Fortführung begonnener Bauten beschränkt. Gebremst wird, wo es irgend angeht. Alles Geld und alle Arbeit wird auf die Kriegsbedürfnisse vereinigt, alles Minderwichtige wird nach Möglichkeit zurückgestellt.

Für die Kriegführung finden Sie in dem neuen Etat keine Forderung. Der Kriegskredit, den Sie im Dezember bewilligt haben, wird noch für einige Zeit vorhalten. Die weitere für die Durchführung des Krieges erforderlichen Mittel werden die Verbündeten Regierungen beim Reichstag je nach Bedarf verlangen. Aus den Kriegskrediten werden bekanntlich, solange der Krieg dauert, auch die fort-dauernden Ausgaben des Heeres und der Marineverwaltung bestritten. Für das laufende Etatsjahr hatten wir noch eine halbe Friedensrate eingeseht. Sie wird nicht in Anspruch genommen. Für das Jahr 1916 sehen wir von einer Einstellung überhaupt ab. Auch wenn der Friede bald kommen sollte, wird die Ueberleitung in den Friedenszustand längere Zeit erfordern und wohl auch auf etatrechtlichem Gebiet noch neue Uebergangsmassnahmen notwendig machen.

Seine eigentliche Bedeutung hat der Etat durch die Ziffern für den Dienst der Reichsschuld. Zinsen und Tilgung figurieren diesmal mit 2303 Mill. M. gegenüber 1268 Mill. M. im Vorjahr und 270 Millionen im letzten Friedensjahr. Hier kündigt sich mitten im Kriege

eines der größten staatswirtschaftlichen Probleme

an, die wir im Frieden zu lösen haben werden, ein Problem, dem wir nicht genug unsere Aufmerksamkeit und Sorge widmen können.

Der Schatzsekretär wendet sich dann den weiteren Teilen des Haushaltsplanes zu. Verschwunden ist aus der Aufstellung der Wehrbeitrag, der im Jahre 1915 mit seiner letzten Rate in Höhe von 328 Mill. M. eingestellt war. Dagegen konnte der Ueberchuß des Jahres 1914 mit 290 Mill. M. eingeseht werden. Ingesamt würden die Ansätze der Einnahmen des ordentlichen Etats ohne

Erschließung neuer Quellen ein Weniger von 344 Mill. M. ergeben und ein Mehr von Ausgaben in Höhe von 136 Mill. M. Es ergibt sich also ein

Fehlbetrag von 480 Mill. M.

Für diesen Fehlbetrag schlagen die verbündeten Regierungen als Deduktion die neuen Kriegsteuern vor.

Damit ist dieser Etat formell ins Gleichgewicht gebracht, aber auch nur formell. Wir haben die Einnahmen des letzten Etats eingeseht, und wenn etwas in dem neuen Etat sicher ist, so ist es die Tatsache, daß die Einnahmen diese Ansätze nicht erreichen werden. (Heiterkeit.) Wir können zwar aus einzelnen Kapiteln auf Mehreinnahmen rechnen. Das gilt z. B. vom Bankwesen. Wir können auch auf Einnahmen aus den Darlehnskassen rechnen. Obwohl diese Einnahmen sicher zu erwarten sind, haben wir sie nicht eingeseht, weil von den Mehreinnahmen dasselbe gilt wie von den Mehrausgaben, daß sie nicht sicher zu erwarten sind. Wenn wir das Minus nicht feststellen können, dann dürfen wir auch das Plus nicht in Rechnung ziehen. Wir können aber leider nicht erwarten, daß das Plus bei dem einen oder anderen Einnahmeweise im ganzen einen auch nur annähernden Ausgleich bieten wird. Es steht also auch hier ein Fehlbetrag fest. Zur Deduktion dieses Fehlbetrags haben wir, um nach Möglichkeit auch auf das materielle Gleichgewicht hinzuwirken, ein Kapitel der Einnahmen aus der Kriegsgewinnsteuer eingeseht. Auf dieses Kapitel sollen die im Jahre 1916 bereits eingehenden Erträge der Kriegsgewinnsteuer kommen, soweit sie zur Deduktion dieses Fehlbetrags erforderlich sind. Wir haben diese Einnahmen in Form eines sogenannten Leerkapitals übernommen. Ich hoffe, daß sich im Jahre 1916 dieses Leerkapital in erfreulicher Weise füllen wird.

Das wird uns dadurch möglich, daß wir in dem Entwurf des Kriegsgewinnsteuergesetzes die juristischen Personen bereits nach dem Ergebnis des zweiten Kriegsgeschäftsjahres veranlagten. Hier kommen alle diejenigen Gesellschaften in Frage, die ihr Geschäftsjahr am 30. September schließen, und diejenigen, bei denen das Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr zusammenfällt. Auch die Gesellschaften, die am 31. März schließen, fallen hierunter. Bei diesen Gesellschaften sind recht erhebliche Mehrgewinne gegenüber den Friedensjahren erzielt worden. Aus dieser Quelle dürfen wir immerhin einen erheblichen Ertrag erwarten. Die Kriegsgewinnsteuer bietet gewissermaßen einen Ausgleichsposten in dem neuen Etat und ermöglicht es uns, über das formelle Gleichgewicht hinaus dem tatsächlichen Gleichgewicht ziemlich nahe zu kommen. Um keine Illusionen hervorzurufen, muß ich daran erinnern, daß das immer nur

ein Etat ohne Heeres- und Marineverwaltung

ist. Der solide Aufbau unserer Finanzverwaltung, der sich bisher allen Anforderungen des Krieges gemessen gezeigt hat, darf nicht in ernstliche Gefahr gebracht werden. Diese Gefahr auszuschließen, ist der Zweck der neuen Steuervorlage, und dieser Zweck umschließt ihre Begründung und Begrenzung. Weiter gehen unsere Absichten nicht, weiter würden die neuen Steuern auch gar nicht reichen. Ich stelle das ausdrücklich fest, weil ich in der Presse und auch sonst der Meinung begegnet bin, daß ich mich durch die englische Finanzpolitik als Zuseher von meinen früheren Richtlinien abbringen ließe. Das ist in keiner Weise der Fall. Ich habe niemals den Satz aufgestellt, daß wir den Krieg auf eine beliebige Dauer führen könnten, ohne neue Einnahmequellen zu erschließen. Vor einem Jahre habe ich lediglich erklärt, daß wir von neuen Steuern so lange absehen könnten, wie wir unseren Etat einschließlich des Schuldendienstes ohne neue Steuern balancieren können. Heute ist es nicht mehr möglich. Daraus müssen wir die Konsequenzen ziehen. Tun wir das, so begeben wir uns damit nicht auf den Weg der englischen Finanzpolitik. An sich würde ich mich gar nicht scheuen, das zu tun, wenn ich überzeugt wäre, daß dieser Weg richtig und gangbar ist. Man soll auch vom Feinde lernen, nach beiden Richtungen hin: wie man es machen soll und wie man es nicht machen soll, oder in diesem Falle: wie man es machen kann und wie man es nicht machen kann. Der englische Schatzkanzler hat seit den ersten Kriegsmonaten eine Finanzpolitik verkündet, nach der ein erheblicher Teil der Kriegskosten nicht aus Anleihen, sondern aus Steuern bezahlt werden soll. Er hat sich dabei auf alte englische Beispiele berufen, vor allem auf die napoleonischen Kriege, in denen 45 v. H. der Kosten durch Steuern bezahlt worden sind. Gewiß wird England am Schluß dieses Rechnungsjahres aus den Kriegsteuern einen sehr erheblichen Betrag herausgewirtschaftet haben, der eine sehr achtenswerte Leistung der englischen Steuerzahler bedeutet. Aber was wollen diese Summen heißen im Vergleich zu den Kriegskosten, die bis Ende dieses Jahres 1800 Mill. Mtl. überschritten haben werden!

Wir haben uns von Anfang an nicht vermessend, einen solchen Krieg mit neuen Steuern finanzieren zu können. Wir haben von Anfang an uns wohl ein richtiges Bild über die Anforderungen dieses Krieges gemacht, als die englischen Staatsmänner. Wir haben unser Programm enger gezogen und uns auf Erhaltung der ordentlichen Grundlagen der Reichswirtschaft beschränkt. Auf diesem Wege bleiben wir, weil die größten Interessen des Reiches auf dem Spiele stehen. Gewiß werden auch andere Ansichten vertreten. Man hat die Frage aufgeworfen, ob man wirklich das deutsche Volk durch die Vorlage beunruhigen sollte. Man hat mit wenig Respekt von den paar hundert Millionen gesprochen, die doch auch noch durch die Anleihe aufgebracht werden könnten. Zu dieser Großzügigkeit kann ich mich nicht aufschwingen. Eine halbe Milliarde im Jahre ist enorm viel Geld, ist die Zinsen von zehn Milliarden. Dieses Geld werden wir künftig wieder nötig haben, bis die

Neuordnung der Reichsfinanzen nach dem Kriege

durchgeführt sein wird. Daß diese Neuordnung nach Friedensschluß nicht von heute auf morgen da sein wird, daß sie nicht etwa wie Pallas Athene fertig in voller Rüstung aus dem Haupte des Zeus hervorspringen wird, ist doch klar. (Heiterkeit.) Diese halbe Milliarde wird ein sehr beachtenswertes Zehrgeld auf dem Wege zur endgültigen Ordnung der Reichsfinanzen zu bilden haben. Wir wollen uns doch durch die Milliarden, die wir ausgeben, nicht den Kopf verwirren lassen. Die Zeit wird kommen, wo wir uns bescheiden wieder an die Millionenrechnung werden gewöhnen müssen. (Sehr richtig!) Es ist ja eine alte Wahrheit, daß man mit großen Schulden viel leichter verschwendet als mit großem Reichtum. Das Amt, das ich im Kriege schweren Herzens übernommen habe, hat mir die Pflicht auferlegt, für die Mittel zu sorgen, die zur Kriegführung und zur Erhaltung der richtigen Grundlagen unserer Reichsfinanzen nötig sind. Sie dürfen überzeugt sein, daß ich das ganze Maß meiner bescheldenen Kräfte an diese Aufgaben setzen werde. Ich bin überzeugt, daß auch der Reichstag mit seiner Verantwortlichkeit mir dabei helfen wird.

Wir können den Krieg finanziell nur durchhalten — und das gehört ja auch zum Durchhalten — wir können den nicht leichten

Weg des Uebergangs in die Friedenszeit nur gut zurücklegen —, wenn unser Haus im Frieden gut bestellt ist. Wir können unsern Volke, das jetzt zum viertenmal durch Hergabe seiner Spargroschen für die Kriegsanleihe seine Vaterlandsliebe bezeugt, nicht Milliardenbeträge abverlangen, wenn wir nicht rechtzeitig die Verzinsung und Tilgung sicherstellen. (Sehr richtig!) Das ist kein Formalismus, das ist nichts als Pflicht und Schuldigkeit, nichts als elementare Fürsorge für den nächsten Tag. (Sehr richtig!) Das sind die durchschlagenden Gründe, die uns gar keine Wahl lassen. Für die Reichsregierungen und mich und auch für den Reichstag wäre es unendlich viel bequemer, die Sache auf die leichte Schulter zu nehmen. Aber der harte Krieg kennt kein Recht auf Bequemlichkeit, er kennt nur Notwendigkeiten. In der Erfüllung der Notwendigkeiten beschränken sich unsere Vorschläge auf das Mindestmaß des Bereithabens. Mögen wir unsere Hoffnungen auf einen auch finanziell günstigen Friedensschluß noch so hoch spannen —

diese Hoffnungen halten wir aufrecht!

—, es bleibt trotzdem bestehen, daß unter allen Umständen eine erhebliche Steigerung der Reicheinnahmen nötig sein wird. Wir müssen heute schon tun, was an uns liegt, um den Reichsetat in den Gleisen einer gesicherten Finanzwirtschaft zu halten. Wenn ich mich vor mir selbst auf Herz und Nieren prüfe, so hätte ich mir offenbar den einen Vorwurf zu machen, daß die Steuervorlagen heute schon nicht weit genug gehen und noch allzuviel der Zukunft überlassen. (Sehr wahr!) In dieser Lage gäbe es nur eine einzige Entschuldigun für das Unterlassen des Notwendigen: nämlich die Unmöglichkeit der Beschaffung der erforderlichen Mittel. Diese Entschuldigun steht uns, Gott sei Dank, nicht zur Seite. Die 500 Millionen Mark neue Reichsausgaben sind keine Leistung, die dem deutschen Volke nicht zugemutet werden könnte und die es nicht zu tragen vermöchte. Deutschland hat in Friedenszeiten über Steuerreserven verfügt wie kaum ein anderes der großen europäischen Länder, und im Krieg hat unser Volk so glänzende Beweise seiner finanziellen Leistungsfähigkeit vor aller Welt erbracht, daß ich den sehen möchte, der behaupten will, die Aufbringung von einer halben Milliarde alljährlich ginge auch nur entfernt über die Grenzen unserer Kraft. Davon kann gar keine Rede sein. Das deutsche Volk wird die 500 Millionen Mark und alles, was darüber hinaus notwendig ist, um das Reich zu erhalten und seinen Platz zu behaupten, aufbringen. Die Lebens- und Arbeitskraft, die wir in uns selbst tragen, befähigt uns auch in schweren Zeiten dazu, unsern Weg zu machen und in der Welt voranzugehen. (Beifall.) Darüber sind wir wohl alle einig.

Nicht so ganz einig sind wir über die neuen Steuern im einzelnen. Ich bin weit davon entfernt, sie als etwas besonders Schönes und Berührendes hinzustellen. Aber wenn Sie die Steuern daraufhin prüfen, ob sie nicht doch vielleicht notwendige Uebel sind, dann wird es Ihnen vielleicht gelingen, sich mit den neuen Steuern, wenn auch nicht zu befreunden, so doch abzufinden. Heute will ich Ihnen keine eingehende Begründung jeder einzelnen der Steuern geben, sondern Ihnen die Beurteilung des gesamten Programms erleichtern.

Der Reichstag wird also in die Lage kommen, die neuen Steuern in absehbarer Zeit einer ergänzenden Revision zu unterziehen. An eine glatte Abschaffung oder Ersatz wird auch im günstigsten Fall nicht zu denken sein, aber sie werden auf alle Fälle prüfen können, was dem Neubau der Reichsfinanzen einzugewinnen sein wird. Der Charakter der Steuern als Not- und Uebergangsteuern nimmt der Reichsregierung die Verantwortlichkeit zwar nicht ab, erleichtert sie ihr aber. Dieser Charakter wird, wie ich zuversichtlich hoffe, Ihnen die Möglichkeit geben, einem andern wichtigen Erfordernisse entsprechend, das der Charakter der Notsteuern bedingt: dem

Bedürfnis der sofortigen Erledigung der Vorlagen

und ihrer schleunigen Inkraftsetzung. Jede Woche, die die neuen Steuern früher in Kraft treten, erleichtert den Zinsendienst unserer Kriegsschuld um zehn Millionen Mark. Schließlich liegt es in der Natur des Notbesehls, daß wir ohne neuen Apparat mit möglichst einfachen Mitteln einen möglichst hohen Ertrag erzielen müssen. Jetzt haben wir weder Zeit noch Leute, um neue Organe zu schaffen. Notgedrungen müssen wir uns in der Hauptsache an das Gegebene anlehnen. Daraus hat man mir einen Vorwurf gemacht und den Steuern die Originalität abgesprochen. Sie werden es begreifen, daß es mir in der Lage, in der wir uns befinden, mehr auf Geld als auf Originalität ankommt. (Heiterkeit.)

Die steuerlichen Maßnahmen des Reichs stehen in engem Zusammenhang mit der anderweitigen Besteuerung. Es sind immer dieselben Steuerzahler, die vom Reich, von den Staaten und den Kommunen in Anspruch genommen werden. Wohin das Geld geht, berührt den Steuerzahler erst in zweiter Linie. Die Verteilung unserer Steuerquellen auf die Gesamtheit hat sich in der Weise entwickelt, daß der fortgesetzt wachsende Geldbedarf des Reiches sich bei den immer mehr steigenden Ansprüchen der Einzelstaaten und Kommunen an direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen auf die Ertragssteuern beschränkt hat. Die Einzelstaaten und Kommunen haben auf Wunsch der Reichsregierung während des Krieges darauf verzichtet, den Kapitalmarkt durch Anleihen für ihre Bedürfnisse in Anspruch zu nehmen und auf diese Weise dem Reich den freien Spielraum für die Finanzierung des Krieges erhalten. Der Krieg stellt ja nicht nur an das Reich, das die Hauptlast trägt, sondern auch an Einzelstaaten, Kommunen und Kommunalverbände große finanzielle Anforderungen, die nur zum Teil durch Inanspruchnahme bankmäßigen Kredits abseits des öffentlichen Anleihemarkts getilgt werden können. Kommunen und Einzelstaaten sehen sich deshalb genötigt, ansehnliche Steuererhöhungen vorzunehmen, die samt und sonders auf dem Gebiet der direkten Besteuerung liegen. Ich verweise auf die Steuervorlage, die augenblicklich die gesetzgebenden Körperschaften in Preußen beschäftigt. Für die großen Einkommen ist dort eine Erhöhung der Steuerzuschläge auf 100 v. H. des Normalsteuerfahes, also auf 8 v. H. vorgesehen, bei den mittleren Einkommen ist der Zuschlag wesentlich bescheidener, bei den kleinen Einkommen bis zu 2400 M. ist eine Erhöhung des Zuschlages überhaupt nicht vorgesehen. Bei den Utiengesellschaften wird der Zuschlag in Höhe von 160 v. H. erhoben. In dem größten deutschen Einzelstaat — ähnlich liegen die Dinge in den meisten andern Einzelstaaten auch — werden

die direkten Steuern stark angezogen,

und zwar, was ich unterschreibe, unter Freilassung der kleinen und Schonung der mittleren Einkommen. Wie weit diese Schonung geht, erleben Sie daraus, daß nur 1,9 Mill. von den 100 in Preußen aufzubringenden Millionen auf die Jensten mit einem Einkommen von 2400 bis 6400 M. und nur 3,1 Mill. auf die Einkommen von 6500 bis 10 400 M. entfallen, nicht weniger als 95 Mill. von den 100 Mill. werden also von den Jensten